

Klimaschutz:

Die SPD macht Ernst

Umweltexperte Prof. Dr. Holger Rogall zum Klimaschutz-Beschluss des SPD-Parteirats

Der SPD-Parteirat hat einen wichtigen Beschluss zum Klimaschutz gefasst (s. BS Nr. 4 vom 3.3.2007), der im Analyseteil die Folgen der begonnenen Klimaerwärmung ohne Beschönigung beschreibt. Er stellt damit einen wichtigen Fortschritt dar.

Der Beschluss verweist endlich all diejenigen in die Schranken, die Klimaschutz verbal bejahen, aber dazu beitragen, dass konsequente Maßnahmen "leider, leider wegen der zu hohen Kosten" nicht umgesetzt werden.

Ja, Klimaschutz kostet Geld, aber, das hat Sir Nicholas Stern, ehemals Chefvolkswirt der Weltbank errechnet, nur einen Bruchteil eines unzureichenden Klimaschutzes (während ein konsequenter Klimaschutz nur etwa 1 Prozent des globalen BIP kostet, betragen die Kosten der Erderwärmung bei unzureichendem Klimaschutz 5 bis 20 Prozent, also fünf bis zwanzigmal soviel). Mit dem Beschluss des SPD-Parteirates wird Klimaschutz als das angesehen, was es immer war: Eine Investition, die Arbeitsplätze schafft und die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft sichert. Jetzt nicht zu handeln, hieße, das Saatgut aus Gier zu verspeisen und die Zukunftsfähigkeit zu verspielen.

Beeindruckend sind auch die CO₂-Minderungsziele des Beschlusses bis 2050 (global -60 Prozent, Industriestaaten -80 Prozent), damit braucht sich die SPD vor niemandem mehr zu verstecken.

JETZT AN DIE UMSETZUNG
GEHEN

Weniger ehrlich sind die Aussagen über die Maßnahmen ausgefallen, die notwendig sind, um die Ziele auch zu erreichen. Zwar sind auch hier viele Punkte bemerkenswert - insbesondere die geforderte gesetzliche Begrenzung des CO₂-Ausstoßes von PKW auf 120 g/km oder die geplante Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes und des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes - aber die beschlossenen Maßnahmen reichen für das 80-Prozent-Reduktionsziel bei weitem nicht aus.

Die Formulierung "sollte noch in diesem Jahr ein Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz in Kraft treten" irritiert den politisch erfahrenen Leser, denn von alleine kommt kein Gesetz. Wenn die SPD sich nicht mit höchster Priorität hierfür einsetzt, wird es kein Wärmegesetz geben. Dabei müssen erneuerbare Energien endlich auch im Wärmesektor als Standardtechniken durchgesetzt werden, so wie Gebäude eine



Auf dem Solardach: Prof. Dr. Holger Rogall, Hochschullehrer für Umweltökonomie an der FHW Berlin, war vier Legislaturperioden Mitglied in der Berliner SPD-Fraktion. Foto: privat

Hausnummer aufweisen oder PKW einen Sicherheitsgurt.

Ebenso vergeblich sucht der Leser Aussagen zur Einführung verbindlicher Standards bei den Elektrogeräten (sog. Toprunner-Modell, das jeweils beste Modell wird zum Standard für alle Geräte erklärt) und Wärmeschutzstandards für alle Gebäude. Während ein heutiges Passivenergiehaus keine fossilen Energien mehr verbraucht und ein gutes Niedrigenergiehaus mit 3 bis 4 Liter Heizöl pro Quadratmeter und Jahr auskommt, existieren in Deutschland immer noch Gebäude die 30 bis zu 40 Liter

/qm und Jahr benötigen (der Durchschnitt liegt bei beträchtlichen 21 l/qm/Jahr). Der geforderte - und von der EU längst als Richtlinie beschlossene - Gebäudeenergiepass ist völlig unzureichend. Ob er wirklich etwas verändert, ist ungewiss: die Menschen wissen auch, was ein Pkw verbraucht und kaufen trotzdem große Autos.

SCHLICHT VERGESSEN ?

Wahrscheinlich schlicht vergessen wurde eine Aussage zur Einführung von Maßnahmen im Flugverkehr - bis heute das einzige Verkehrsmittel ganz ohne staatliche Abgaben (Umsatzsteuer, Mineralölsteuer, Ökosteuer). Dafür findet sich eine - unter Fachleuten äußerst umstrittene - Mindestquote für Biokraftstoffe in dem Beschluss. Sie wird wahrscheinlich dazu führen, dass weitere Tropenwälder abgeholzt und stattdessen Palmölplantagen errichtet werden.

Immerhin, an den beschlossenen Mindestzielen wird sich jeder sozialdemokratische Mandatsträger künftig messen lassen müssen, das könnte auch das Ende aller Formen der Symbolpolitik mit sich bringen und die SPD zu **der** führenden Klimaschutzpartei werden lassen.

Holger Rogall □

Forderungen zur Klimaschutzpolitik:
<http://www.holger-rogall.de/initiative.htm>

Effizienter wirtschaften

Bundesumweltminister Gabriel startet Initiative

Deutschland will bis zum Jahr 2020 die ressourceneffizienteste Volkswirtschaft der Welt sein. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel in dieser Woche die Initiative „Netzwerk Ressourceneffizienz“ gestartet.

Das Netzwerk bietet eine Plattform für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Hier sollen Erfahrungen ausgetauscht und innovative Ideen in die Praxis umgesetzt werden. Angesichts immer knapper werdender Ressourcen müssten wir unsere Rohstoffbasis umstellen, so Gabriel. Eine drastische Reduzierung des Ressourcenverbrauchs hieße nicht, die Wirtschaft könne nicht wachsen. Im Gegenteil - sie sei ein Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg.

Bis Mitte unseres Jahrhunderts wird die Weltbevölkerung von gegenwärtig 6,5 Milliarden auf rund neun Milliarden Men-

schen anwachsen. Das führt zu einem enormen Mehrbedarf an Energie- und Rohstoffressourcen. Die Antwort darauf kann nur sein, mit den Rohstoffen effizienter umzugehen und den Umstieg auf erneuerbare Rohstoffe zu vollziehen.

Gegenwärtig verbrauchen 25 Prozent der Weltbevölkerung 80 Prozent der Energie- und Rohstoffreserven. Gerade für Entwicklungs- und Schwellenländer ist Verzicht aber nicht der Ausweg. Deshalb muss es gelingen, den Energie- und Rohstoffverbrauch vom wirtschaftlichen Wachstum abzukoppeln. Das ist insbesondere eine Aufgabe für die entwickelten Industrieländer. Die Weltmarktpreise für importierte Rohstoffe im Euro-Raum sind von 2000 bis 2005 um 81 Prozent gestiegen. Langfristig sind nur diejenigen Volkswirtschaften erfolgreich, die auf massive Effizienzsteigerungen setzen. **PM** □